

INI-E Wir machen Tempo - Energiewende in Zeiten von Klimakatastrophe und Ukrainekrieg

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 15.09.2022
Tagesordnungspunkt: E Dringlichkeitsantrag Energie
Status: Modifiziert

1 **Wir machen Tempo - Energiewende in Zeiten von** 2 **Klimakatastrophe und Ukrainekrieg**

3 Die Zeit zu handeln ist jetzt! Der brutale Angriffskrieg Putins auf die Ukraine
4 und der letzte Bericht des Weltklimarats zeigen, dass die Dekarbonisierung
5 unserer Gesellschaft und die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern die
6 zentralen energiepolitischen Aufgaben unserer Zeit sind. Das teurere Gas ist
7 auch für die rasant steigenden Energiekosten verantwortlich. Es wird die soziale
8 Schieflage in unserem Land weiter verschärfen, wenn keine Gegenmaßnahmen zum
9 sozialen Ausgleich geschaffen werden. Es braucht also kurzfristige Entlastungen
10 der Menschen, vor allem aber muss die erneuerbare Energieerzeugung schneller
11 ausgebaut und gleichzeitig große Mengen Energie eingespart werden. Neben
12 Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme wird auch grüner
13 Wasserstoff als Energieträger in einem zukunftsfähigen Energiesystem eine Rolle
14 spielen.

15 Angesichts des brutalen Angriffskriegs Putins auf die Ukraine wird deutlich,
16 dass die Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen eine Frage der
17 nationalen und europäischen Sicherheit ist! Zu lange hat der Westen die
18 autoritären Entwicklungen und die Beschneidung von Menschenrechten in Russland
19 hingenommen, um den Import von billigen fossilen Brennstoffen nicht zu
20 gefährden. Um die gefährliche Abhängigkeit von Russland und anderen Diktaturen
21 zu beenden, ist eine bessere, europäisch vernetzte Energieversorgung von
22 herausragender sicherheitspolitischer Bedeutung. Das bedeutet, dass wir in
23 Deutschland und Baden-Württemberg so schnell wie möglich einen Ausstieg aus
24 fossilem Erdgas umsetzen müssen und in Zukunft keine fossilen Energieträger mehr
25 aus Russland importieren werden. Als Reaktion auf Russlands Versuch, unsere
26 Gesellschaft durch Preissteigerungen und Versorgungsengpässe zu spalten, handeln
27 wir geschlossen: Nicht nur Bürger*innen und Unternehmen sind zum Energiesparen
28 aufgerufen, auch die Landesregierung und die öffentliche Verwaltung verpflichten
29 sich zu entsprechenden Einsparmaßnahmen.

30 Gleichzeitig schreitet die Klimakrise voran. Auch in Baden-Württemberg erleben
31 wir schon deren katastrophale Folgen: Dürren, starke Unwetter und Hochwasser
32 belasten immer mehr Menschen in unserem Land. Um der Klimakatastrophe
33 entgegenzuwirken, ist eine globale Energiewende zentral! Auch in Baden-
34 Württemberg haben wir uns ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt: Wir
35 verpflichten uns auf das 1,5 Grad-Ziel und wollen schnellstmöglich klimaneutral
36 sein. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir die Energiewende im Land radikal
37 beschleunigen.

38 Bezahlbare und saubere Energie für alle ist auch Voraussetzung für einen
39 innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Für
40 eine aktive Standortsicherung müssen wir den Netzausbau vorantreiben und dafür
41 sorgen, dass ausreichend erneuerbarer Strom regional verfügbar ist. Der Ausbau

42 der Höchstspannungsnetzen, der schnelle Anschluss von PV- und Windkraftanlagen
43 ans Stromnetz, die Schaffung von Speichern, aber auch der Anschluss Baden-
44 Württembergs an ein europäisches Wasserstoffnetz sind heute wichtige
45 Standortfaktoren. Das High-Tech-Land Baden-Württemberg investiert wie keine
46 andere europäische Region in Forschung und Innovation. Mit Hilfe erneuerbarer
47 Energien haben die Unternehmen in Baden-Württemberg die Chance, ihre Produktion
48 kostengünstig, klimaneutral und zukunftsorientiert auszurichten. Insbesondere
49 die Bereiche Solar-, Wasserstoff-, Brennstoffzellen- und Elektrolysetechnologien
50 bieten große Potenziale, unsere Wirtschaft nachhaltig aufzustellen und
51 Arbeitsplätze zu sichern. Auch die Einsparung von Energie birgt enormen
52 wirtschaftlichen Nutzen: Wir wollen Unternehmen bei Investitionen in
53 Energieeffizienzmaßnahmen unterstützen und die Entwicklung von zukunftsfähigen
54 Einspartechnologien vorantreiben.

55 Der Weg hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung ist lang. Durch den
56 steigenden Strombedarf, durch Elektrifizierungen in der Industrie, im
57 Verkehrssektor und im Wärmesektor müssen wir unsere Produktion von erneuerbaren
58 Energien vervielfachen. Bis dahin werden wir noch fossile Brennstoffe benötigen,
59 um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Trotz dieser bitteren Erkenntnis
60 ist für uns klar: Wir stellen uns klar gegen neue Langzeitverträge für fossile
61 Energielieferungen, die weitere langfristige Abhängigkeiten schaffen. Auch im
62 Zeichen eines gesteigerten Energiebedarfs machen wir deutlich: Wir lehnen
63 Fracking ab, weil es unabsehbare Risiken für die Umwelt und die menschliche
64 Gesundheit mit sich bringt. Ebenso ist eine Laufzeitverlängerung für die
65 verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland keine Lösung. Zudem ist ein
66 Kohleausstieg bis 2030 zwingend erforderlich, um unsere Klimaschutzziele zu
67 erreichen.

68 Wichtig ist, dass unsere Klimaschutzpolitik diejenigen unterstützt, die
69 finanziell bereits jetzt oder durch steigende Preise in Zukunft in eine
70 finanzielle Schieflage geraten könnten. Deshalb flankieren wir unser
71 energiepolitisches Konzept mit sozialpolitischen Maßnahmen, damit Energie für
72 alle Menschen bezahlbar bleibt.

73 Viele Bürger*innen wollen selbst einen Beitrag zur Energiewende leisten: Sie
74 lassen Photovoltaik-Anlagen auf ihren Hausdächern anbringen oder schließen sich
75 in Bürgerenergiegenossenschaften zusammen, um in ihrer Kommune ein Windrad zu
76 errichten. Durch einen Abbau von Bürokratie und weitere Fördermaßnahmen müssen
77 wir die Beteiligung der Menschen an der Energiewende auch zukünftig energisch
78 unterstützen.

79 All diese drängenden Herausforderungen verlangen ein entschlossenes Handeln auf
80 allen Ebenen. Mit starken Grünen in Europa, in der Bundes- und Landesregierung
81 und durch eine Einbindung der kommunalen Ebene gelingt uns die Energiewende!
82 Eine moderne, ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Energieversorgung ist
83 der Motor für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg.

84 Jetzt erst recht: Mit voller Kraft in ein erneuerbares
85 Morgen.

86 Wir vereinfachen die Genehmigungsverfahren für
87 Windkraftanlagen.

88 Von der Idee bis zur Fertigstellung eines Windrades vergingen in Deutschland
89 bisher bis zu sieben Jahre. Ein Grund hierfür sind die langwierigen und
90 komplizierten Genehmigungsverfahren unterschiedlicher Behörden und Ebenen. Um
91 unsere Klimaschutzziele und die Ziele aus dem Koalitionsvertrag zu erreichen,
92 müssen wir die Gesamtleistung durch Windkraft bis zum Jahr 2040 allerdings
93 versiebenfachen! Deshalb haben wir eine Task Force zur Beschleunigung des
94 Ausbaus der erneuerbaren Energien eingerichtet. Ziel ist es, planerische und
95 bürokratische Hürden beim Ausbau der Windkraft schnellstmöglich abzubauen und
96 die Zeit bis zur Fertigstellung einer Windkraftanlage mindestens zu halbieren.
97 Wichtige Erfolge wurden bereits erzielt: Wir haben beispielsweise das
98 Widerspruchsverfahren in Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen in Baden-
99 Württemberg abgeschafft und einen eigenen Infrastruktursenat am
100 Verwaltungsgerichtshof in Mannheim eingerichtet, um Klagen schneller abarbeiten
101 zu können. Jetzt müssen wir die nächsten Schritte gehen:

- 102 • Das Land muss Anwendungshinweise für die Genehmigungsverfahren von
103 Windkraftanlagen an die Landkreise geben, um Klarheit, Einheitlichkeit und
104 Sicherheit bei der Genehmigung sicherzustellen.
- 105 • Wir wollen die Vorgaben der EU-Kommission umsetzen, wonach die reinen
106 Genehmigungsverfahren für Anlagen nicht länger als sechs Monate dauern
107 dürfen. Wir erreichen dies, indem wir zum Beispiel die sogenannte
108 Genehmigungsfiktion auf den Bau von Windkraftanlagen anwenden. Das heißt,
109 dass eine Genehmigung automatisch erteilt wird, wenn Genehmigungsbehörden
110 innerhalb der Frist keinen ablehnenden Bescheid ausstellen.
- 111 • Genehmigungsprozesse müssen vollständig und bruchfrei digitalisiert
112 werden.

113 Wir stellen mehr Flächen im Land bereit.

114 Der Ausbau erneuerbarer Energien im Land ist mit einem enormen Flächenbedarf
115 verbunden. Wir müssen jetzt geeignete Flächen und Gebäude bestimmen, möglichst
116 effizient nutzen und dabei Flächennutzungskonflikte berücksichtigen. Im 2021
117 novellierten Klimaschutzgesetz wurde ein 2-Prozent-Flächenziel für den Ausbau
118 von erneuerbaren Energien verankert, das die räumlichen Voraussetzungen für den
119 Ausbau von Freiflächenphotovoltaik und Windkraft schafft. Weitere Flächen stehen
120 nun durch eine generelle Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für Erneuerbare-
121 Energien-Anlagen zur Verfügung. Um die Identifikation von Flächen zu
122 erleichtern, die aufgrund einer geringen landwirtschaftlichen Wertigkeit
123 besonders für erneuerbare-Energien-Anlagen geeignet sind, stellt das Land eine
124 digitale Flächenbilanzkarte zur Verfügung. Die Nutzung landeseigener Gebäude und
125 Grundstücke für Freiflächen-, Dach- und Fassaden-Photovoltaik wurde ebenfalls
126 vorangetrieben. Wir brauchen mehr Flächen für die Erneuerbaren. Wir wollen das
127 Flächenziel für die erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg erhöhen. Künftig

128 sollen mindestens zwei Prozent der Fläche für Windkraft und mindestens ein
129 Prozent für Photovoltaik ausgewiesen werden.

- 130 • Die Regionalverbände sind aufgefordert, das aktuelle Landesflächenziel
131 schnellstmöglich umzusetzen und entsprechende Flächen auszuweisen.
- 132 • Die Kommunen sind aufgefordert, in die planerische Sicherung der
133 Flächenausweisung einzusteigen und so ebenfalls ihren Beitrag dazu zu
134 leisten, mehr Flächen für den Ausbau der erneuerbaren Energien zur
135 Verfügung zu stellen.
- 136 • Wir wollen weitere Schutzgebietskategorien für den Ausbau der erneuerbaren
137 Energien öffnen. So müssen künftig Windkraftanlagen und Freiflächen-PV-
138 Anlagen in Grünzügen und Grünzäsuren zulässig sein. Ebenso wollen wir die
139 Landschaftsschutzgebiete für die Nutzung von Freiflächen-PV öffnen -
140 analog zu Windkraft.

141 Wir bauen die Windkraft im Staatswald aus.

142 Besonderes Augenmerk bei der Bereitstellung von Flächen liegt auf dem
143 Staatswald: Das Land ist der größte Waldbesitzer in Baden-Württemberg. Bereits
144 jetzt steht schon jedes 7. Windrad in Baden-Württemberg im Staatswald. Wir
145 müssen das dort vorhandene große Potenzial für den Ausbau der Windkraft noch
146 besser nutzen und weitere Flächen im Staatswald für den Windkraftausbau zur
147 Verfügung stellen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Vermarktungsoffensive
148 "Windkraft im Staatswald" wurde bereits im Sommer 2021 ins Leben gerufen und
149 kann erste Erfolge verzeichnen: ForstBW hat mittlerweile geeignete Flächen für
150 eine Windenergienutzung identifiziert und zur Verpachtung ausgeschrieben. So
151 können hier in den nächsten Jahren bis zu 170 neue Windkraftanlagen entstehen.
152 Darüber hinaus wurden die Vergabeverfahren für Pachtflächen zur
153 Windenergienutzung im Staatswald deutlich vereinfacht. Neben einer unter
154 Hochdruck fortgesetzten Suche nach weiteren geeigneten Flächen müssen folgende
155 Aufgaben angepackt werden:

- 156 • Bei der Verpachtung von Flächen von ForstBW sollen die Interessen der
157 Projektierer künftig stärker einbezogen werden. So wollen wir die
158 Interessenbekundung vereinfachen und ermöglichen.
- 159 • Wir brauchen bei der Ausschreibung von Flächen mehr Transparenz und eine
160 frühzeitige Offenlegung. Dazu erstellen wir eine digitale Karte von allen
161 Flächen, die von ForstBW verpachtet werden sollen.
- 162 • Wir schaffen wettbewerbsfähige Pachtpreise, um bundesweit attraktiv für
163 Projektierer zu sein.
- 164 • In den abgeschlossenen Pachtverträgen brauchen wir klare Zielvorgaben
165 hinsichtlich der zeitlichen Realisierung von Windkraftanlagen sowie der
166 Festlegung eines Mindestumfangs der auf der Fläche zu bauenden
167 Windkraftanlagen.

168 Wir bauen die Photovoltaik aus.

169 Zur Erreichung der Klimaschutzziele ist auch eine Versechsfachung der im Jahr
170 2021 installierten Photovoltaik-Leistung nötig. Bereits 2017 hat Baden-
171 Württemberg mit der Verabschiedung der Freiflächenöffnungsverordnung die
172 verfügbaren Flächen für Freiflächenphotovoltaik auf Acker- und Grünlandflächen
173 erweitert. Als nächsten Meilenstein der Ausbaubeschleunigung hat die Task Force
174 2022 in einem ersten Schritt eine Verfünffachung des maximalen jährlichen
175 Ausschreibungsvolumen für den Zubau von Photovoltaikanlagen auf den Weg
176 gebracht.

177 Außerdem wurde im Mai 2022 die Photovoltaik-Pflicht auf Wohngebäude ausgedehnt,
178 die bereits seit Anfang des Jahres für Neubauten im Nicht-Wohnbereich galt. Ab
179 Januar 2023 gilt die PV-Pflicht dann auch für grundlegende Dachsanierungen. Der
180 Schwellenwert für Photovoltaik-Parkplatzüberdachungen wurde deutlich
181 herabgesenkt. Weitere Maßnahmen sind nötig:

- 182 • Komplette Aufhebung der Deckelung des jährlichen Ausschreibungsvolumen in
183 benachteiligten Gebieten.
- 184 • Mit einer Änderung des Straßengesetzes wollen wir den Ausbau der
185 Photovoltaik entlang von Straßen deutlich vereinfachen.
- 186 • Wir wollen die PV-Pflicht auf alle Bestandsgebäuden und
187 Bestandsparkplätzen ausweiten. Damit nutzen wir versiegelte Flächen für
188 die Stromerzeugung.
- 189 • Wir wollen außerdem verstärkt PV-Überdachungen und -Nutzungen an
190 Verkehrsinfrastrukturanlagen, um die sogenannten "eh da"-Flächen, die
191 weder landwirtschaftlich genutzt werden noch der naturschutzfachlichen
192 Pflege unterliegen, besser nutzen zu können.
- 193 • Auch Kommunen und Landkreise sind gefordert, ihre eigenen Flächen für den
194 Ausbau der erneuerbaren Energien besser zu nutzen. Dies gilt sowohl für
195 die Nutzung von Dachflächen auf kommunalen Gebäuden für Photovoltaik als
196 auch für die Nutzung von kommunalen Flächen für Freiflächen-PV und
197 Windkraft.
- 198 • Mit entsprechenden Förderungen über die Landschaftspflegerichtlinie wollen
199 weitere Anreize für Freiflächen-PV-Anlagen schaffen.
- 200 • Die steuerrechtliche Behandlung von kleineren und mittleren PV-Anlagen
201 muss zur Vermeidung von bürokratischem Aufwand noch stärker vereinfacht
202 werden. Die "Vereinfachungsregel" soll ausgedehnt werden, kleine Anlagen
203 bis zu 30 KW Peak wollen wir von der Einkommenssteuer befreien.

204 Wir beschleunigen die Wärmewende.

205 Die derzeitige Energiekrise verdeutlicht uns einmal mehr, wie wichtig
206 Klimaschutz auch im Wärmesektor ist. Die jetzige Wärmeversorgung basiert
207 weitgehend auf Gas. Das wollen wir ändern. Dafür wollen wir verstärkt die
208 Solarwärme sowie die Abwärme aus der Industrie für unseren Wärmebedarf nutzen.

209 Um die Wärmewende im ganzen Land entschlossen umzusetzen, setzen wir auf
210 folgende Maßnahmen:

- 211 • Wir unterstützen Kommunen bei der Erstellung und vor allem auch bei der
212 Umsetzung ihrer kommunalen Wärmepläne. So wollen wir Großwärmepumpen mit
213 ihrem erheblichen Potenzial verstärkt nutzen. Mit der Änderung der
214 Gemeindeordnung wollen wir Kommunen die Möglichkeit geben, per Satzung den
215 Anschluss und die Benutzung von erneuerbaren Energien vorzugeben.
- 216 • Wir nehmen bislang ungenutzte Wärmepotenziale – beispielsweise in der
217 Industrie oder in Rechenzentren – noch stärker in den Blick. Diese Wärme
218 darf nicht ungenutzt bleiben.
- 219 • Wir wollen die Geothermie stärker nutzen, indem wir Probebohrungen
220 fördern.

221 Ab dem Jahr 2023 beenden wir den Einbau neuer fossiler Heizkessel.

222 Eine Energiewende für den sozialen Zusammenhalt.

223 Mittel- und langfristig ist der massive Ausbau der erneuerbaren Energien das
224 wichtigste Instrument für günstigere Strompreise, bereits jetzt sind Wind- und
225 Sonnenenergie deutlich günstiger als Energie aus Kohle, Gas oder Atom. Aktuell
226 werden die im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine gestiegenen
227 Energiepreise für viele Menschen zur großen finanziellen Herausforderung. Die
228 Unterstützung der Menschen, insbesondere derjenigen, die besonders von den
229 Preissteigerungen betroffen sind, ist für uns eine Frage der sozialen
230 Gerechtigkeit und dient dem sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Niemand darf
231 im Winter wegen hoher Energiepreise im Kalten oder Dunklen sitzen. Um die
232 Menschen zielgenau zu unterstützen, hat die Bundesregierung drei
233 Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Jetzt schaffen wir weitere Entlastungen:

- 234 • Wir führen eine dauerhafte preisgünstige Nachfolgeregelung für das 9-Euro-
235 Ticket ein, um eine sozial-ökologische Mobilität zu ermöglichen.
- 236 • Wir unterstützen Menschen mit kleinem Geldbeutel. Wir weiten den
237 Berechtigtenkreis für den Bezug von Wohngeld aus. Ab 2023 sollen eine
238 Klimakomponente und Heizkostenpauschale dauerhaft Bestandteil des
239 Wohngeldes sein. Wir unterstützen Rentner*innen, Fachschüler*innen und
240 Studierende mit Einmalzahlungen.
- 241 • Wir unterstützen die Einführung einer Übergewinnsteuer, um fossile
242 Unternehmen, die von den Krisen stark profitieren, an den Kosten
243 beteiligen.
- 244 • Wir fordern, die administrativen Voraussetzungen für ein Klima- und
245 Energiegeld zu schaffen, mit dem Energiearmut gezielt begegnet werden
246 kann.
- 247 • Wir fordern die Aussetzung von Strom- und Energiesperren, um die
248 Energiebedarfe auch für einkommensschwache Haushalte zu garantieren. Zudem
249 fordern wir einen vom Land gemeinsam mit den Kommunen und

- 250 Energieversorgern aufgelegten Härtefallfonds für Privatpersonen. Dieser
251 ermöglicht es denjenigen, die ihre Energierechnung nicht mehr zahlen
252 können, durch einen entsprechenden Antrag finanzielle Unterstützung zu
253 bekommen.
- 254 • Wir wollen einen Härtefallfonds für kleine soziale Träger wie
255 Beratungsstellen und für Verbände und Vereine einrichten, welche die
256 gestiegenen Energiepreise nicht sofort auffangen können.